

Stand: 17.04.2024 20:21:27

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/15858

"Genehmigungsvorbehalt bei der Umwandlung von Mietwohnraum in Eigentumswohnungen in
Erhaltungssatzungsgebieten"

Vorgangsverlauf:

1. Antrag 16/15858 vom 28.02.2013
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/17257 des KI vom 13.06.2013
3. Beschluss des Plenums 16/17590 vom 02.07.2013
4. Plenarprotokoll Nr. 130 vom 02.07.2013

Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger, Angelika Weikert, Inge Aures, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Franz Maget, Dr. Thomas Beyer, Annette Karl, Bernhard Roos, Reinhold Perlak** und **Fraktion (SPD)**

Genehmigungsvorbehalt bei der Umwandlung von Mietwohnraum in Eigentumswohnungen in Erhaltungssatzungsgebieten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Umwandlung von Mietwohnraum in Eigentumswohnraum in Erhaltungssatzungsgebieten unter kommunalen Genehmigungsvorbehalt zu stellen.

Begründung:

Die Wohnungs- und Immobilienmärkte in Ballungsräumen haben durch die gestiegene Attraktivität für internationale Finanzinvestoren in den vergangenen Jahren einen grundlegenden Wandel erfahren. Die Anbieterstruktur droht sich daher ebenfalls zu wandeln: Nicht mehr der in sozialer Verantwortung nachhaltig agierende Unternehmer, sondern von kurzfristigen Profitinteressen getriebene Spekulanten bestimmen immer häufiger das Wohnungsangebot. Entmietung, Gentrifizierung und Aufbrechen gewachsener Bevölkerungsstrukturen sind die bereits heute zu beobachtenden Konsequenzen. Luxussanierung tritt zunehmend an die Stelle ausgewogener Durchmischung in den Wohnquartieren.

Das den Kommunen zum Milieuschutz zur Verfügung stehende wohnungspolitische Instrumentarium ist diesen Herausforderungen offensichtlich nicht mehr gewachsen. Die vorhandene Möglichkeit der Erhaltungssatzung ist ebenso wie das städtische Vorkaufsrecht in Erhaltungssatzungsgebieten zwar ein Schritt in die richtige Richtung, kann aber die Verdrängung angestammter Bevölkerungsstrukturen nur unzulänglich einhegen. Das Vorkaufsrecht kann per definitionem nur greifen, wo Grundstücke in Erhaltungssatzungsgebieten tatsächlich verkauft werden. Dort jedoch ist der Vorkauf mit einem erheblichen Finanzaufwand verbunden und kann dennoch lediglich punktuelle Wirkung entfalten. Die Erhaltungssatzung an sich ist zwar zu einem gewissen Maß geeignet, Luxussanierungen einzudämmen, nicht aber die fortschreitende Umwandlung bezahlbaren Wohnraums in hochpreisige Eigentumswohnungen zu verhindern. Die Schaffung eines grundsätzlichen Genehmigungsvorbehalts ist daher unerlässlich.

Nur so kann wirksam verhindert werden, dass die angestammte Bevölkerungsstruktur zur Profitmaximierung einzelner aus ihren Wohngebieten verdrängt wird und seriöse Vermieter und Investoren nicht durch Wohnungsspekulanten aus dem Markt gedrängt werden. Es geht nicht um Enteignungen oder Abschaffung des Immobilienmarkts, sondern um eine sozialadäquate Einhegung des Marktgeschehens, um beispielsweise Entmietungen zur Verkaufspreissteigerung zu verhindern. Hierzu ist von der Verordnungsermächtigung nach § 172 Abs. 1 Satz 4 BauGB Gebrauch zu machen.

Der Bundesgesetzgeber hat die Landesregierungen ausdrücklich ermächtigt, für die Grundstücke in Erhaltungssatzungsgebieten durch Rechtsverordnung zu bestimmen, dass die Begründung von Wohnungseigentum oder Teileigentum an Gebäuden, die ganz oder teilweise Wohnzwecken zu dienen bestimmt sind, nicht ohne Genehmigung erfolgen darf.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

**Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner,
Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. und Fraktion (SPD)**

Drs. 16/15858

**Genehmigungsvorbehalt bei der Umwandlung von Mietwohnraum in
Eigentumswohnungen in Erhaltungssatzungsgebieten**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Reinhold Perlak**
Mitberichterstatter: **Andreas Lorenz**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 85. Sitzung am 17. April 2013 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: 8 Ablehnung, 1 Enthaltung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit hat den Antrag in seiner 102. Sitzung am 13. Juni 2013 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: 7 Ablehnung, 1 Enthaltung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Joachim Hanisch
Vorsitzender

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger, Angelika Weikert, Inge Aures, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Franz Maget, Dr. Thomas Beyer, Annette Karl, Bernhard Roos, Reinhold Perlak** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 16/15858, 16/17257

Genehmigungsvorbehalt bei der Umwandlung von Mietwohnraum in Eigentumswohnungen in Erhaltungssatzungsgebieten

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Franz Maget

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Ludwig Wörner

Abg. Christine Kamm

Abg. Andreas Lorenz

Abg. Hans-Ulrich Pfaffmann

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Julika Sandt

Staatsminister Joachim Herrmann

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die Tagesordnungspunkte 18 mit 23 auf:

Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. und Fraktion (SPD)

Genehmigungsvorbehalt bei der Umwandlung von Mietwohnraum in Eigentumswohnungen in Erhaltungssatzungsgebieten ([Drs. 16/15858](#))

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bezahlbaren Wohnraum erhalten: Kappungsgrenze senken ([Drs. 16/15752](#))

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bezahlbaren Wohnraum erhalten: Handlungsmöglichkeiten in Satzungsgebieten ausschöpfen, Gentrifizierung stoppen ([Drs. 16/15753](#))

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bezahlbaren Wohnraum erhalten: Mieterinnen und Mieter besser schützen! ([Drs. 16/15754](#))

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bezahlbaren Wohnraum erhalten, Maklerkosten dürfen nicht zur zweiten Miete werden (Drs. 16/15755)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bezahlbaren Wohnraum erhalten: Investitionen fördern (Drs. 16/15756)

Vorweg mache ich darauf aufmerksam, dass die SPD-Fraktion beantragt hat, zu ihrem Antrag auf Drucksache 16/15858 in namentlicher Form abstimmen zu lassen.

(Zuruf von der CSU: Gott sei Dank!)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Unter den Fraktionen wurde hierzu eine Redezeit von fünf Minuten pro Fraktion vereinbart. Ich darf als Erstem Kollegen Wörner das Wort erteilen. – Bitte schön, Herr Kollege.

Ludwig Wörner (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Dieses Thema geistert seit 1980 durch die Säle dieses Hauses. Damals hat die Stadt München unter Dr. Mühlhäuser beschlossen, ein Umwandlungsverbot einzuführen und es auf dem Baurecht abzustützen. Das hat einige Jahre lang ganz gut funktioniert, bis im Jahr 1992 bundesgerichtlich festgestellt wurde, dass das so nicht möglich sei und mit dem Baurecht kein Mieterschutz betrieben werden dürfe.

Seit dieser Zeit versuchen wir hier in diesem Hause, Mieter besser gegen die Umwandlung von Wohnraum zu schützen. Ich kann mich noch daran erinnern, als selbst Kollege Unterländer Stein und Bein geschworen hätte: Jetzt haben wir es in trockenen Tüchern, jetzt bekommen wir es hin. – Es tut mir wirklich leid, Joachim. Es ist leider wieder schief gegangen. Es geht immer wieder schief. Diesmal geht es offensichtlich wegen einer komischen Vasallentreue schief. Anstatt die Mieter zu schützen, lassen wir sie wieder im Regen stehen. Wir könnten das ändern; die Hamburger haben es uns vorgemacht. Warum wir das nicht so in Bayern machen, kann ich überhaupt nicht

verstehen. Alle reden an Samstagen und Sonntagen davon, wie wichtig der Mieterschutz ist.

(Joachim Unterländer (CSU): Und unter der Woche auch!)

– Und unter der Woche auch. Das ist ja noch schlimmer. Im Ergebnis ändert sich diese mehr als bescheidene Situation in Ballungsräumen aber nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Zeitlang gab es noch ein zweites Instrument; das war das förmlich festgelegte Sanierungsgebiet. Damit sind Münchner Stadtteile gut gefahren, weil sie geschützt waren. Das hat man durch das Programm Soziale Stadt abgelöst, was nicht dumm war. Das war eine gute Lösung. Die Soziale Stadt hat man inzwischen aber so gnadenlos ausgehöhlt, dass sie auch nicht mehr das ist, was sie eigentlich sein sollte. Damit stehen die Mieterinnen und Mieter zunehmend im Regen.

Bei den GBW-Wohnungen geht es so weiter. Wie Sie alle wissen, wurden diese Wohnungen veräußert, dank Ihrer Mithilfe. Wir wollten das nicht. Jetzt lassen Sie auch diese Mieter genauso im Regen stehen, wenn Sie unserem Antrag nicht zustimmen. Wie wollen Sie das mit ihrer christlich-sozialen Überzeugung vereinbaren? Zumindest sagen Sie das immer. Das steht auch in ihrem Parteinamen.

Wir meinen, es wäre höchste Zeit, dieses unsägliche Spielchen auf dem Rücken der Betroffenen heute Abend zu beenden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir lassen im Moment tausende Mieterinnen und Mieter im Regen stehen, wenn wir nichts daran ändern. Das wissen Sie so gut wie ich.

Ich will jetzt nicht noch tiefer einsteigen, aber einige Dinge müssen Sie sich schon sagen lassen: Sie haben eine Reihe von Forderungen abgelehnt, die wir beim Verkauf der GBW-Wohnungen erhoben haben. Jetzt hören wir, dass die Mieten dort bereits gnadenlos erhöht werden. Ich habe erwartet, dass damit zumindest bis nach der Landtagswahl gewartet wird. Aber nein, die fangen schon jetzt damit an, die Mieten so

zu erhöhen, dass es ein wahre Pracht ist, immer an der Grenze dessen entlang, was gerade noch erlaubt ist. Jetzt kann man sagen: Das dürfen sie. – Das nützt aber den Mieterinnen und Mietern gar nichts, die ihre Miete nicht bezahlen können. Sie machen es sich zu leicht, wenn Sie sagen: Dann schicken wir die Leute eben zum Sozialamt. Wer hat das zu tragen? – Das sind die Kommunen.

Damit sind wir beim eigentlichen Kern der Sache. Manche Kolleginnen und Kollegen verstehen offensichtlich nicht den Unterschied zwischen Objektförderung und Subjektförderung. Ein Objekt fördere ich einmal, nämlich den Bau preiswerten Wohnraums. Dafür nimmt der Staat oder wer auch immer einmal Geld in die Hand, dann hat man preiswerten Wohnraum. Wenn man aber Subjektförderung betreibt, dann zahlt eine Kommune in der Regel lebenslänglich für diese Menschen. Ich weiß nicht, was billiger ist. Man muss nicht einmal sozial sein, sondern einfach nur haushalterisch denken, dann kommt man darauf, dass das der falsche Ansatz ist, dem manche aus ideologischer Verblendung anhängen. Was in dieser Frage getan wird, ist Ideologie pur.

Es wundert mich, wenn manchmal so getan wird, als würde man das alles nicht verstehen. Ich glaube es sogar, dass manche das nicht verstehen, weil man sich in diesem Geschäft nicht auskennt. Man muss wirklich tief einsteigen.

Wir meinen, ein Umwandlungsverbot ist der einzig richtige Weg, um Wohnraum in Ballungsräumen zu sichern. Wir fordern Sie auf: Machen Sie mit! Wir verlangen deswegen heute eine namentliche Abstimmung dazu, weil wir den Menschen draußen zeigen wollen, wer daran mitwirkt und wer nicht. Man muss deutlich machen, dass manchmal Sonntagsreden gehalten werden und am Montag oder einem anderen Tag ganz anders gehandelt wird. Wir bitten Sie darum: Stimmen Sie im Interesse der Mieterinnen und Mieter und stellen Sie damit sicher, dass das Notwendige getan wird! Ihren Koalitionspartner brauchen Sie nicht mehr lange. Das hat sich dann sowieso erledigt.

(Beifall bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Sie werden sich freuen, uns in der nächsten Legislaturperiode wieder mit dabei zu haben!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Frau Kollegin Kamm macht sich bereit. Bitte schön.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sie haben jetzt die letzte Chance, in dieser Legislaturperiode zu zeigen, dass Sie eine Neuorientierung Ihrer Wohnungspolitik einläuten wollen, um den momentan immer größer werdenden Problemen entgegenzuwirken.

Viele Mieterinnen und Mieter, vor allem Familien, Normalverdiener und Geringverdiener, aber auch Seniorinnen und Senioren sind Opfer der immer größeren Wohnungskrise. Das Problem wird sich nicht von selbst lösen. In den nächsten Jahren wird die Zahl der Rentnerinnen und Rentner steigen. Insbesondere für Wohnungen mit kleinerem Grundriss steigen die Mietpreise überdurchschnittlich. Die Renten steigen nicht so schnell oder gar nicht, die Mieten aber sehr. Die jetzige Wohnungskrise wurde im großen Umfang durch politisches Nichthandeln in den letzten zehn Jahren verursacht, und schon kleine Versäumnisse, meine Damen und Herren, zeigen eine große Wirkung. So sind beispielsweise die Mieten in den bayerischen Universitätsstädten überdurchschnittlich stark gestiegen, weil man es versäumt hat, vor dem doppelten Abiturjahrgang die Mittel für den studentischen Wohnungsbau zu erhöhen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sorgen Sie dafür, jetzt ein Bündel von Maßnahmen auf den Weg zu bringen, um die Wohnungsnot und die dadurch verursachten überdurchschnittlichen Mietsteigerungen einzubremsen.

Eine Maßnahme, die Kollege Wörner dargelegt hat, zielt auf den Genehmigungsvorbehalt bei der Umwandlung von Mietwohnraum in Eigentumswohnungen in Erhaltungssatzungsgebieten. In München beispielsweise – die Zahlen von anderen Städten

habe ich leider nicht – ist die Zahl der Mietwohnungen in den letzten zehn Jahren allein wegen der Umwandlung in Eigentumswohnungen um 8 % gesunken. Häufig sind es dann andere Menschen, die sich diese neuen, vielleicht schön sanierten Eigentumswohnungen leisten können. Die ehemaligen Mieterinnen oder Mieter werden aus den betroffenen Stadtteilen verdrängt.

Tun Sie etwas dagegen! Wir haben Ihnen die Möglichkeiten genau erläutert. Wir hatten etliche Petentinnen hier im Landtag, die ihre Situation eindringlich geschildert haben. Nehmen Sie sich ihre Situation zu Herzen. Das wäre die einzige der von uns vorgeschlagenen Maßnahmen, die nichts kostet. Es wäre schon etwas, zunächst die Maßnahmen anzugehen, die nichts kosten, mit denen aber das Problem gelindert werden könnte.

Im Antrag auf Drucksache 16/15752 schlagen wir Ihnen die Senkung der Kappungsgrenze vor. Im darauffolgenden Antrag Drucksache 16/15753 schlagen wir Ihnen vor, die Handlungsmöglichkeiten in Satzungsgebieten auszuschöpfen und einerseits die Umwandlung vom Zustimmungsvorbehalt der Kommune abhängig zu machen, und andererseits sich auch auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Mieterschutz in den Sanierungsgebieten gestärkt wird und eine Regulierung der Wiedervermietung erfolgt.

Ferner schlagen wir Ihnen vor, die überdimensionierten Maklerkosten zu begrenzen, die sich insbesondere für junge Familien oder Erwerbstätige, die häufig den Wohnort wechseln müssen, wie eine zweite Miete auswirken. Auch schlagen wir Ihnen vor, das Mietrecht zu regionalisieren und den Kommunen mehr Kompetenzen zuzugestehen. Zur Stärkung des Wohnungsbaus reicht es nicht, nur darüber zu jubeln, Herr Minister, dass die Zahl der Baugenehmigungen etwas gestiegen ist. Wir sind noch lange nicht auf dem Niveau, das wir haben müssten.

Weil ich vorhin über die Rentnerinnen und Rentner gesprochen habe, möchte ich Ihnen noch Folgendes sagen: Es gibt Entwicklungen bei uns, die ungut sind. Man ent-

deckt sie allerdings erst bei genauerem Nachbohren. So gab es beispielsweise bisher ein Förderprogramm zum barrierefreien Umbau in Bayern, wenn zum Beispiel ein Senior einen solchen Umbau benötigte. Und was ist jetzt die Situation? Früher konnte der Mieter selber Fördermittel beantragen, jetzt kann es nur noch der Vermieter tun. Er muss für das Darlehen haften mit der Folge, dass es ganz viele Vermieter nicht mehr tun und nur noch die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen diese Mittel in Anspruch nehmen.

Das Ganze hat zur Folge, dass ganz viele Mieterinnen und Mieter, die nicht in Wohnungen von gemeinnützigen Wohnungsunternehmen wohnen, nun darauf angewiesen sind, einen Altenheimplatz in Anspruch zu nehmen, nur weil dieses Darlehen seit dem Jahre 2012 durch die Oberste Baubehörde so umständlich gehandhabt wird. Beenden Sie das doch bitte, Herr Minister!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. Das Wort hat nun der Kollege Lorenz. Bitte sehr.

Andreas Lorenz (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Werte Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Leben in der Großstadt muss bezahlbar sein und bleiben. Da ist das Thema hohe Mieten mit Sicherheit eines der entscheidendsten Probleme in München, aber auch vielfach anderswo. Allerdings ganz so einfach, wie es sich Kollege Wörner bzw. die SPD insgesamt macht, ist die Thematik nicht, als dass man das auf eine einzige Maßnahme reduzieren könnte.

(Ludwig Wörner (SPD): Das weiß ich selber!)

Es gibt vielerorts Zusammenhänge, die mit der Beziehung vom Mieter zum Vermieter nichts zu tun haben. Ich nenne stichwortartig nur die Eurokrise. Viele Menschen aus Südeuropa ziehen heute nach München, um dort Geld in Immobilien anzulegen.

(Ludwig Wörner (SPD): Da gibt es riesige Zuzüge!)

Das steigert die Preise, was natürlich auch dem wirtschaftlichen Erfolg Bayerns geschuldet ist. Es ist eine Abstimmung mit dem Umzugswagen, und das hat damit zu tun, dass wir gute Rahmenbedingungen bieten. Die Bürger haben bei uns Zukunftsperspektiven und ziehen wegen der Arbeitsplätze gerne nach München.

Diese im Grunde positiven Erscheinungen haben natürlich auch eine Kehrseite, nämlich die hohen Mieten in München. Ich habe immer ein bisschen das Gefühl, dass Sie gar kein Interesse an der Lösung dieses Problems haben und das Ganze auf das einzige Thema Genehmigungsvorbehalt reduzieren.

Sie haben vom Umwandlungsverbot gesprochen. Wir reden hier vom Genehmigungsvorbehalt und nicht vom Umwandlungsverbot. Und weil dem so ist, könnten wir diesem Antrag auch zustimmen.

(Ludwig Wörner (SPD): Wunderbar! Machen Sie es!)

Meine Damen und Herren, eine vernünftige Wohnungsbaupolitik basiert auf zwei Säulen.

(Ludwig Wörner (SPD): So was kennen Sie doch gar nicht!)

Die erste Säule heißt: Neuen Wohnraum schaffen, und die zweite Säule lautet, preiswerten Wohnraum erhalten.

Ich kann es Ihnen nicht ersparen, die erste Säule, die Sie überhaupt nie erwähnen, nämlich neuen Wohnraum zu schaffen, in Bezug auf die konkret betroffene Landeshauptstadt München einmal zu betrachten. Die Landeshauptstadt München setzt sich zum Ziel, jedes Jahr 7.000 neue Wohnungen zu bauen. Über Jahre hinweg wurde etwa die Hälfte davon gebaut, also gut dreieinhalbtausend neue Wohnungen. Nun rühmen Sie sich, dass Sie erstmals in diesem Jahr ganz knapp an das selbst gesteckte Ziel kommen.

(Ludwig Wörner (SPD): Wie viele Wohnungen hat denn der Freistaat gebaut? Erzählen Sie das auch mal!)

Seit Jahrzehnten vernachlässigen Sie den Wohnungsbau, Sie bleiben hinter den von Ihnen selbst gesteckten Zielen zurück und wundern sich, wenn die Mietpreise hoch sind. Das ist schon fast unverschämt. Die Träger der Planungshoheit sind die Kommunen. Die sind zuständig für die Ausweisung von Bauland.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Sie, Herr Kollege, haben es versäumt, in München beispielsweise von Gewerbebauten in Mietwohnungen umzusteuern. Wer braucht denn die leerstehenden Gewerbebauten? Sie hätten schon längst eine Umwandlungsinitiative starten können. Mit der Umwandlung von Gewerbebauten in Wohnungen wäre das Problem nicht so gravierend, wie es sich heute darstellt. Ich darf da schon an Ihre Verantwortung und ein bisschen an die Zahlen erinnern. Sie mokieren sich immer, Sie hätten nicht genug Möglichkeiten der Umwandlung. Schauen Sie sich doch einmal an, wer die vielen Instrumente überhaupt in Anspruch nimmt. Ich nenne nur das Stichwort Erhaltungssatzung. Wie viele Gemeinden in Bayern nehmen die überhaupt in Anspruch?

(Ludwig Wörner (SPD): Halb München!)

Das sind München und Erding. Was ist mit den vielen anderen Umlandgemeinden? Wo nützen diese das?

(Ludwig Wörner (SPD): Da, wo es notwendig ist!)

Da, wo Sie Verantwortung tragen, setzen Sie das nicht um. Das ist auch bei vielerlei anderen Punkten in diesem Bereich der Fall.

(Anhaltende Zurufe von der SPD und den GRÜNEN - Ludwig Wörner (SPD): Ich nenne nur das Stichwort Kappungsgrenze!)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Andreas Lorenz (CSU): Nein, ich gestatte das nicht.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

- Schreien Sie doch nicht so rum. Ich komme zum Stichwort Kappungsgrenze. Wer hat denn die Kappungsgrenze umgesetzt? Das war die schwarz-gelbe Regierungskoalition. Sie haben es zwar jahrzehntelang gefordert, aber weder in der Großen Koalition noch mit Rot-Grün umgesetzt. Schwarz-Gelb war die erste Koalition, die das umgesetzt hat, und darauf sind wir stolz.

Nächste Frage: Wer hat denn entscheidende Verbesserungen im Mietrecht durchgesetzt? Ich nenne das Münchner Modell. Es war die schwarz-gelbe Regierung, die das Anfang des Jahres durchgesetzt hat. Wir machen etwas, wir reden nicht nur darüber.

(Ludwig Wörner (SPD): München hat ein Modell im Gegensatz zu Ihnen! - Anhaltende Zurufe von den GRÜNEN)

In der Tat muss noch viel mehr gemacht werden. Wir hätten dazu vielerlei Vorschläge zu machen. Leider lässt sich das auf die Schnelle aber nicht umsetzen. Und weil Sie es seit Jahrzehnten versäumt haben, Wohnungen zu bauen, ist es heute leider notwendig, in verschiedener Weise regulierend einzugreifen.

(Ludwig Wörner (SPD): Wenn ein Blinder von der Farbe redet, dann ist das schon sehr schlimm!)

Wir hätten weitergehende Vorstellungen; wir konnten uns aber mit all unseren Vorstellungen auch bei unserem Koalitionspartner leider nicht durchsetzen. Aber, wie Sie richtig gesagt haben, wird es im Herbst eine neue Konstellation geben.

(Ludwig Wörner (SPD): Eben!)

Eventuell gibt es dann auch neue Koalitionsverhandlungen, sei es mit dem gleichen oder einem anderen Koalitionspartner.

(Ludwig Wörner (SPD): Leere Versprechungen! - Anhaltende Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn wir das alles im Sinne der Mieter umsetzen wollen, dann eines: Wir machen Mieterschutz und handeln, während Sie die ganze Zeit immer nur etwas fordern, was Sie im Grunde gar nicht wollen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, bitte verbleiben Sie am Mikrofon. Für eine Zwischenbemerkung Frau Kollegin Kamm, bitte.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege, Sie haben behauptet, Sie würden sich für Mieterschutz engagieren. Gehen Sie davon aus, dass die Renten so steigen, dass die Mieterinnen und Mieter mit dieser Kappungsgrenze klarkommen? Glauben Sie, dass das, was Sie machen, reicht?

Andreas Lorenz (CSU): Ich habe gesagt, dass eine Vielzahl von Maßnahmen notwendig ist. Eine einzelne Maßnahme, so gut sie auch gemeint sein mag, wird das Problem nie und nimmer lösen. Das gilt sowohl für eine verringerte Kappungsgrenze als auch für einen Vorbehalt bei Umwandlungen. Wir brauchen vielmehr ein Bündel von Maßnahmen.

Fangen wir auf der Bundesebene an: Notwendig sind bessere Abschreibungsbedingungen zur Förderung des Wohnungsbaus. Ich erinnere daran, dass die sogenannte degressive Abschreibung von vielen Bundesländern, in denen die SPD regiert, blockiert wird. Wir im Süden dagegen sind Zuzugsregionen und brauchen diese Maßnahme; sie dient dem Wohnungsbau.

(Ludwig Wörner (SPD): Sie haben diese Abschreibung doch abgeschafft!)

Wir haben es jetzt gefordert. Wer blockiert? Der Bundesrat, der von Ihrer Partei dominiert wird. Also bitte schön!

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, bitte verbleiben Sie noch am Redepult. – Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Pfaffmann. Bitte.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist eigentlich nicht verdient, aber es muss jetzt sein. – Ich möchte den Kollegen aus München, der in den letzten Jahren mit seiner Münchner CSU angeblich so viel für den Wohnungsbau getan hat, fragen, ob ihm bekannt ist, dass es einen Beschluss der Münchner CSU gibt, wonach auch Oberbürgermeisterkandidat Seppi Schmid ein Umwandlungsverbot bzw. einen Genehmigungsvorbehalt gefordert und dies auch der Presse mitgeteilt hat. Daher kann man wohl davon ausgehen, dass die Münchner CSU ohne Widerstände dem Genehmigungsvorbehalt zustimmt.

Jetzt frage ich Sie: Wie werden Sie sich heute bei der Abstimmung verhalten, wenn Ihre Münchner CSU, wohl zu Recht, einem Vetorecht für die Gemeinden zugestimmt hat? Werden Sie heute hier dem Münchner Votum oder dem Koalitionszwang folgen? Überlegen Sie es sich gut; denn wir werden die Wählerinnen und Wähler in Ihrem Stimmkreis Giesing auf Ihr Abstimmungsverhalten in der namentlichen Abstimmung hinweisen.

(Beifall bei der SPD)

Andreas Lorenz (CSU): Herzlichen Dank, dass Sie sich Sorgen um meinen Stimmkreis Giesing machen. Ich kann Ihnen gern mein Abstimmungsverhalten in den beteiligten Ausschüssen nennen – das hätten Sie aber auch jederzeit nachschlagen können –: Ich habe mich zu Ihrem Antrag sogar der Stimme enthalten.

Zum Thema Umwandlungsverbot: Für mich ist das selbstverständlich. Sie werden es nicht glauben, aber ich habe die veränderte Beschlusslage sogar selbst herbeigeführt. In der "Initiative Wohnungsbaupolitik" des Innenministeriums ist diese Maßnahme als Vorschlag enthalten. Ich gebe unumwunden zu – das kann man auch ganz offen sagen –: Aufgrund der Koalitionssituation wurde diese Maßnahme nicht umgesetzt.

(Ludwig Wörner (SPD): Habt ihr ein Glück!)

Wenn es nach uns gegangen wäre, hätten wir das aufgenommen.

(Ludwig Wörner (SPD): Früher wart ihr dagegen, jetzt sind die anderen dagegen!)

Leider hat der Koalitionspartner nicht zugestimmt; so ist das halt in der Koalition.

(Thomas Hacker (FDP): So wird die Schuld weitergereicht!)

Aber ich habe schon darauf verwiesen, dass im Herbst eine Wahl stattfindet, und dann werden wir das umsetzen.

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Professor Dr. Piazolo. Bitte schön, Herr Kollege.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Lorenz, in zwei Punkten kann ich Ihnen zustimmen. Sie haben sich anscheinend von dem Ziel der absoluten Mehrheit verabschiedet; denn Sie haben deutlich gesagt, dass Sie koalieren wollen. Sie wissen nur noch nicht, mit wem.

(Thomas Hacker (FDP): Sie wissen auch noch nicht, mit wem!)

In einem zweiten Punkt stimme ich Ihnen zu: Mit einer einzelnen Maßnahme kann man nicht Mieterschutz betreiben, das ist sicherlich richtig. - Damit hat es sich aber mit der Zustimmung schon erschöpft.

Erstaunt hat mich Ihre Aussage, Sie persönlich seien für einen Genehmigungsvorbehalt, obwohl Sie sich im Ausschuss der Stimme enthalten haben und hier dagegen reden. Das dürfte schwierig zu erklären sein.

(Beifall bei der SPD)

Mieten ist in München ein sehr großes Problem; deshalb reden gerade viele Münchner. Da werden existenzielle Fragen berührt. Viele Münchner wissen nicht, wie sie im nächsten Monat ihre Miete zahlen sollen. Daher glaube ich, dass man den Mietern eine Debatte, wie wir sie in den letzten Minuten geführt haben, nicht mehr erklären kann, Kollege Lorenz. Man kann den Mietern nicht mehr erklären, was hier abläuft.

Wir sollten klären, ob es wirklich sinnvoll ist, über die einzelnen Maßnahmen in dieser Weise zu streiten, oder ob wir uns nicht darauf einigen können, dass es einer Vielzahl von Maßnahmen bedarf. Von den in den sechs Anträgen enthaltenen Vorschlägen sind viele vernünftig, andere weniger. In der Kürze der Zeit kann ich leider nicht auf alle eingehen. Ich möchte aber betonen: Es bedarf vieler zusätzlicher Maßnahmen; entsprechende Vorschläge liegen auf dem Tisch.

Ich wünsche mir seit Längerem, dass man das Thema im Wahlkampf behandelt. Vielleicht schaffen wir es, über Parteigrenzen hinweg einige Maßnahmen gemeinsam zu entwickeln und umzusetzen; einige sind schon auf den Weg gebracht worden. Sicherlich müssen mehr Wohnungen gebaut werden. Wir brauchen steuerliche Vergünstigungen. Die Genossenschaften sind zu stärken. Notwendig ist aber auch der vorgeschlagene Genehmigungsvorbehalt bei der Umwandlung von Mietwohnungen in München.

Ich will an dieser Stelle ankündigen, dass wir dem Antrag der SPD heute zustimmen werden; darauf können Sie sich schon einstellen. Im Ausschuss hatten die FREIEN WÄHLER noch anders entschieden. Ansonsten folgen wir unserem Abstimmungsverhalten in den Ausschüssen.

Den Antrag zu Tagesordnungspunkt 22 – "Bezahlbaren Wohnraum erhalten: Maklerkosten dürfen nicht zur zweiten Miete werden" – werden wir ablehnen. Diesen Vorschlag halten wir nicht für sinnvoll, weil wir davon ausgehen, dass die Maklerkosten dann auf die Miete draufgeschlagen werden, weshalb der Mieter letztlich nichts einspart.

Ich wiederhole meine Anregung, sich hier darauf zu verständigen, was in der aktuellen Situation zu tun ist. Ein Streit darüber, wer in den letzten Jahren wie und wann versagt hat, nutzt keinem Mieter.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt hat Frau Kollegin Sandt das Wort. Bitte.

Julika Sandt (FDP): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ein Genehmigungsvorbehalt für Umwandlungen, wie er in dem Antrag gefordert wird, ist ein massiver Eingriff in das Immobilieneigentum. In der Folge wird es weniger Investitionen in Modernisierung und energetische Sanierung geben.

(Zuruf von den GRÜNEN: Soziale Marktwirtschaft!)

Um den sozialen Aspekt anzusprechen: Wir haben bereits einen extrem hohen Schutz vor Umwandlungsspekulation. In 145 bayerischen Gemeinden darf der Käufer, nachdem er die Wohnung erworben hat, dem Mieter erst nach zehn Jahren kündigen. Das gilt also selbst bei Eigenbedarf. Ich denke, das ist ein sehr hoher Schutz vor Umwandlungsspekulation.

Nun zu Ihrer Forderung, die Kappungsgrenze auszuweiten: In Gegenden, in denen die Wohnlage angespannt ist, haben wir die Kappungsgrenze bereits auf 15 % gesenkt. Diese Maßnahme hat aber eine Kehrseite. Seit Mitte Mai gilt in München die Kappungsgrenze von 15 %. Die Sprecherin des Mietervereins, Anja Franz, hat auf das Problem hingewiesen, dass viele Vermieter vorher noch schnell die Mieten erhöht haben. Davon sind vor allen Dingen alteingesessene Bewohner in beliebten Vierteln betroffen.

Drittens ist festzustellen, dass durch die Senkung der Kappungsgrenze keine einzige zusätzliche Wohnung geschaffen wird. Im Gegenteil, eine Mietpreisbremse ist eine

Baubremse und geht zulasten der Mieter. Der beste Mieterschutz ist, mehr Wohnungen zu schaffen.

(Beifall bei der FDP)

Weisen Sie doch bitte mehr bezahlbares Bauland aus! Schaffen Sie Möglichkeiten für Nachverdichtungen!

(Zurufe von der SPD)

Erteilen Sie unbürokratisch Baugenehmigungen! Ermöglichen Sie mehr Umnutzungen in München, in Ihrer rot-grünen Stadt! Ermöglichen Sie mehr Umnutzungen zugunsten von mehr Wohnraum!

Was Sie in München tun, ist genau das Gegenteil. Da kommen ständig neue Abstellplatzsatzungen und sonst was für Satzungen. Das ist Unsinn, das schafft keinen Wohnraum, das ist ein Investitionshemmnis, und das ist zum Nachteil der Mieter. Deswegen haben wir die Knappheit, und deswegen sind die Mieten so hoch.

Zu einer weiteren Forderung, dem Bestellerprinzip bei Maklerkosten: Abgesehen davon, dass das ein schwerer Eingriff in die Vertragsfreiheit ist, ist es doch so: In Gebieten, in denen es ein großes Angebot an Wohnungen gibt, zahlt der Mieter. Das heißt, nicht das Maklerrecht ist schuld, sondern das geringe Angebot.

(Unruhe bei der SPD)

Im Übrigen ist es so, dass man, wenn man in Gebieten mit hoher Nachfrage sagen würde, der Vermieter zahlt, damit rechnen könnte, dass das direkt in die Grundmiete eingepreist wird und dann jeder Mieter zahlt. Der Begriff "Bestellerprinzip" ist also im Grunde genommen auch noch irreführend und hilft niemandem.

Weiter stellen Sie die Forderung nach einer stärkeren Förderung von Investitionen. Dazu muss man sagen: Es ist doch absurd, wenn Sie einerseits Mietpreisbegrenzung fordern, also zu einer Verknappung von Wohnraum aktiv beitragen, und das anderer-

seits durch staatliche Bauprogramme kompensieren wollen. Wir sagen Ja zu staatlichen Bauprogrammen, aber wir tun da auch sehr viel. Daher ist der Antrag obsolet.

(Zurufe von der SPD)

Ich erwähne nur das Wohnungsbauförderprogramm, das Zinsverbilligungsprogramm, das Bayerische Modernisierungsprogramm. Wir haben im Doppelhaushalt 2013/2014 420 Millionen Euro für soziale Wohnraumförderung eingestellt. 2014 kommen voraussichtlich weitere 50 Millionen Euro hinzu. Dadurch können weitere 5.000 Wohnungen gefördert werden. Wir haben uns klar positioniert für eine Fortführung des KfW-Programms "Energieeffizient bauen". Damit wurde allein 2012 jeder zweite Neubau gefördert.

Durch die Förderung des Wohneigentums, wie wir sie betreiben, haben junge Familien die Chance, bezahlbar und zu guten Konditionen zu wohnen und sich gleichzeitig eine Altersvorsorge aufzubauen.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Für die Staatsregierung erteile ich Herrn Staatsminister Herrmann das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bezahlbarer Wohnraum für die Menschen in Bayern ist in der Tat ein ganz wichtiges Anliegen. Leider gehen die Anträge der GRÜNEN weitgehend in die falsche Richtung, oder sie sind zum Teil schon völlig überholt oder nicht umsetzbar. Ich will das noch einmal kurz zusammenfassen.

Wir haben bereits eine Verordnung erlassen, mit der in der Landeshauptstadt München die Kappungsgrenze für Mieterhöhungen von 20 auf 15 % innerhalb von drei Jahren gesenkt wird. Wir haben auch anderen Kommunen, die hierbei einbezogen werden wollen, die Möglichkeit eröffnet, sich zu melden. Das sind gegenwärtig schon über 90 weitere Städte und Gemeinden in Bayern. Wir werden noch im Monat Juli

einen entsprechenden Beschluss im Kabinett fassen, sodass dann dieser besondere Schutz über die Landeshauptstadt München hinaus auf weitere über 90 Städte und Gemeinden ausgedehnt wird.

Die Staatsregierung hat bereits mit der Wohngebieteverordnung die Gemeinden mit gefährdeter Wohnversorgung festgelegt. Dort wird den Mietern ein besonderer Kündigungsschutz bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen gewährt. In nunmehr 145 Gemeinden können die Erwerber den Mietern erst nach zehn Jahren – die Frau Kollegin Sandt hat das gerade angesprochen – anstelle der sonst üblichen drei Jahre wegen Eigenbedarfs kündigen. Bayern hat damit im Gegensatz zu den meisten anderen Bundesländern das gesetzliche Höchstmaß für die Verlängerung der Kündigungssperrfrist ausgeschöpft.

Mit dem Zweckentfremdungsgesetz geben wir den Gemeinden ein Instrumentarium, mit dem sie verhindern können, dass Wohnraum für überwiegend gewerbliche Zwecke umgenutzt wird, dass Wohnungen länger als drei Monate leer stehen oder abgerissen werden. So konnte die Landeshauptstadt München in den Jahren 2008 bis 2012 insgesamt 934 Wohneinheiten vor Zweckentfremdung schützen.

Ich will aber ausdrücklich auch noch einmal Folgendes sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Das eine ist der Schutz der Mieter im Einzelfall. Insgesamt ist langfristig mehr Wohnungsbau in unserem Land immer noch der beste Schutz für die Mieter.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deshalb müssen wir vor allen Dingen alles dafür tun, dass in Bayern insgesamt mehr Wohnungen gebaut werden. Die staatliche Wohnraumförderung in Bayern hat in der jetzt zu Ende gehenden Legislaturperiode von 2008 bis einschließlich 2012 über 1 Milliarde Euro dafür investiert und das unterscheidet sich damit positiv von vielen anderen Bundesländern. Wir setzen nicht nur alles Geld, das wir vom Bund bekommen, selbstverständlich zu 100 % für die Wohnraumförderung ein, sondern wir legen noch eine ganze Menge freistaatliches Geld obendrauf. Auch von bundesweiten Verbänden

zu Recht beklagt wird, dass es eine Reihe übrigens auch SPD-regierter Bundesländer gibt, die nicht einmal das Geld, das sie vom Bund für diesen Zweck bekommen, restlos für die Wohnraumförderung einsetzen, sondern zum Teil für andere Zwecke verwenden. Meine Damen und Herren, davon unterscheiden wir uns in Bayern schon deutlich.

(Beifall bei der CSU)

Wenn wir uns anschauen, wie das im laufenden Doppelhaushalt aussieht und wie die Staatsregierung die Weichen für 2014 gestellt hat, kann ich feststellen, dass wir, wenn man alle Fördermittel zusammenzählt, für 2013 227,5 Millionen Euro ausgeben. Für 2014 haben wir vorgesehen, das auf 287,5 Millionen Euro anzuheben.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Innerhalb der beiden Jahre 2013 und 2014 geben wir also über eine halbe Milliarde Euro allein für die Wohnraumförderung in Bayern inklusive der Studentenwohnheimförderung aus. Das ist ein Kraftakt, der sich wirklich sehen lassen kann.

Ich will schließlich darauf hinweisen, dass wir im Bundesrat einen Antrag eingebracht haben, dass auch das Wohngeld einschließlich der Einkommensgrenzen dringend erhöht werden muss. Ich kann an dieser Stelle nur feststellen: Es hätten nur alle SPD-regierten Bundesländer im Bundesrat dieser Initiative Bayerns zuzustimmen brauchen; dann würde dieser Antrag jetzt im Bundestag zur Beschlussfassung vorliegen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Aber leider hat eine Reihe von SPD-regierten Bundesländern im Bundesrat aus rein parteitaktischen Gründen unserem Antrag nicht zugestimmt, und deshalb findet er dort bislang keine Mehrheit. Wer sich so parteitaktisch verhält, der hat jedes Recht verspielt, hier über Mieterschutz zu reden, meine Damen und Herren.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich bitte diesen Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der CSU – Unruhe bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, es tut mir leid, aber Sie müssen Ihre Zwischenbemerkung schon rechtzeitig anmelden.

(Beifall bei der CSU)

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Die jeweils federführenden Ausschüsse empfehlen alle sechs Anträge zur Ablehnung.

Es wurde mir signalisiert, dass damit Einverständnis besteht, dass wir vor der zu Tagesordnungspunkt 18 beantragten namentlichen Abstimmung über die Tagesordnungspunkte 19 mit 23 eine Gesamtabstimmung durchführen können.

Der Abstimmung soll bei den Tagesordnungspunkten 19 mit 21 und 23 das Votum der jeweils federführenden Ausschüsse sowie beim Tagesordnungspunkt 22 das Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann lasse ich so abstimmen.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion in den genannten Ausschüssen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten, und damit sind die Anträge abgelehnt. Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion auf der Drucksache 16/15858, das ist der Tagesordnungspunkt 18. Der federführende Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Die Urnen stehen bereit. Für die Abstimmung stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 22.50 bis 22.55 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und von mir später bekannt gegeben.

(...)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich darf zwischenzeitlich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Genehmigungsvorbehalt bei der Umwandlung von Mietwohnraum in Eigentumswohnungen in Erhaltungssatzungsgebieten" auf der Drucksache 16/15858 bekannt geben. Mit Ja haben 51 gestimmt, mit Nein haben 68 gestimmt. Außerdem gab es noch fünf Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 02.07.2013 zu Tagesordnungspunkt 18: Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. und Fraktion SPD; Genehmigungsvorbehalt bei der Umwandlung von Mietwohnraum in Eigentumswohnungen in Erhaltungssatzungsgebieten (Drucksache 16/15858)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete			
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar			X
Dr. Bertermann Otto	X		
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus			X
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette			
Dechant Thomas			
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dorow Alex		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg			X
Erben Reiner	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther			
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus			
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Goderbauer Gertraud		X	
Görlitz Erika		X	
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			
Gottstein Eva			
Güll Martin			
Güller Harald	X		
Freiherr von Gumpenberg Dietrich			
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold			
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes			
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia	X		
Kamm Christine	X		
Karl Annette	X		
Kiesel Robert			
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad			
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas			
Ländner Manfred		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lorenz Andreas			X
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte			
Meyer Peter	X		
Müller Josef		X	
Müller Ulrike			
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele	X		
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus			
Reiß Tobias		X	
Richter Roland			
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian	X		
Röhde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria			
Schindler Franz			
Schmid Georg		X	
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schöffel Martin			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schopper Theresa			
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stahl Christine			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus			
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold			
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayr Simone	X		
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna			
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim			X
Dr. Vetter Karl			
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg			
Winter Peter			
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas			
Gesamtsumme	51	68	5